

Industrieemissionsrichtlinie basiert auf alten Daten: Deutlich mehr Betriebe betroffen	1
IGC: Welt-Getreideproduktion und Verbrauch stagnieren - dennoch schrumpfen Lager	1
Getreide: Märkte zwischen Dürre in USA und Sorge um Ukraine hin- und hergerissen	3
EU-Schweinemarkt: Anhaltend knappes Angebot treibt Erzeugerpreise in die Höhe	5
Parlamentarische Anfrage zur Wolfsproblematik an Ministerin Gewessler eingebracht	6

Industrieemissionsrichtlinie basiert auf alten Daten: Deutlich mehr Betriebe betroffen

COPA-COGECA hofft auf Einlenken

Brüssel, 17. Februar 2023 (aiz.info). - Der umstrittene Wert von 150 Großvieheinheiten (GVE) ab dem Nutztierhalter die von der EU-Kommission geplante überarbeitete Industrieemissionsrichtlinie (IED) einhalten müssen, verliert zunehmend an Substanz. Bisher hat die EU-Kommission Kritikern entgegnet, dass nur 13% der landwirtschaftlichen Betriebe in Europa von dem Vorschlag betroffen sein werden. Laut einem jüngsten Bericht des EU-Pressedienstes "Euractiv", zeigt eine Präsentation der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission mit aktualisierten Daten aus dem Jahr 2020 ein deutlich anderes Ergebnis. Die ursprünglich für die Überarbeitung der Richtlinie verwendeten Daten stammen noch aus dem Jahr 2016.

Nimmt man die neuesten Zahlen aus dem Jahr 2020, würden sich die von der überarbeiteten Industrieemissionsrichtlinie betroffenen Betriebe bei Geflügel von 15% auf 58%, bei Schweinen von 18% auf 61% und bei Rindern von 10% auf 12,5% erhöhen. Hintergrund ist der fortschreitende Strukturwandel hin zu weniger, aber größeren landwirtschaftlichen Betrieben.

"Wie können Entscheidungen auf Basis derartig veralteter Daten getroffen werden?", ist der Dachverband der EU-Landwirte und -Genossenschaften, COPA-COGECA, empört. "Es zeigt, wie realitätsfern manche Ziele und Schwellenwerte in der Farm to Fork-Strategie sind", hofft COPA-COGECA auf eine Neubewertung des Vorschlages der EU-Kommission, nachdem sich bisher auch das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten für eine Anhebung des Schwellenwertes auf 300 GVE in der IED ausgesprochen haben.

Aktuell sind von der derzeit gültigen IED kaum mehr als 2% der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU betroffen. (Schluss) hub

IGC: Welt-Getreideproduktion und Verbrauch stagnieren - dennoch schrumpfen Lager

Ausblick auf 2023/24: Verunsicherung um Ukraine - mehr Maisanbau und engere Weizenbilanz

London/Wien, 17. Februar 2023 (aiz.info). - Der Internationale Getreiderat (IGC) in London setzte am Donnerstag im Grain-Market-Report (GMR) vom Februar die weltweite Getreideproduktion 2022/23 wegen nach unten korrigierter Maisernten Argentiniens und der USA zum Jänner um 8 Mio. t auf 2.248 Mio. t herab. Das ist nach vier konsekutiven Jahren mit Steigerungen der erste Produktionseinbruch mit 43 Mio. t oder 1,9% weniger als im Vorjahr. Den globalen Getreideverbrauch revidiert der Rat um 9 Mio. t herab - ein Minus von 29 Mio. t oder 1,3% im Jahresabstand - setzt aber die Anfangsbestände um 2 Mio. t hinauf. Daraus resultiert eine Anhebung der Endlagerprognose um 2 Mio. t auf 579 Mio. t. Somit schrumpfen die Getreidereserven der Welt dennoch neuerlich um 18 Mio. t. Sie fallen auf den niedrigsten Stand seit acht Jahren und reichen für gut ein Viertel eines Jahresverbrauchs. Die im Getreide- und Ölsaatenindex (GOI) ermittelten Exportpreise sanken seit Jänner um 0,7% und im Jahresabstand um 1,8%.

Beim globalen Rückgang der Getreideproduktion überwiegen erstmalig seit vier Jahren Einbrüche der Ernten von Mais (1.153 Mio. t, -67 Mio. t bzw. -5,5%) und Sorghum, Zuwächse derer von Weizen (796 Mio. t, +15 Mio. t bzw. +1,9%), Gerste und Hafer. Trotz eines um 2,6% (1.014 Mio. t) schrumpfenden Verbrauchs in der tierischen Fütterung und einer um 0,8% (366 Mio. t) verringerten industriellen Verwertung sinken - das sechste Jahr in Folge - die Getreidelager der Welt diesmal um 3,1% und die der Exporteure um 1,5%. Verbrauchsseitig verzeichnet 2022/23 lediglich die menschliche Ernährung einen um 0,4% auf 754 Mio. t ansteigenden Bedarf, wobei das Welthandelsvolumen aber um 3,9% auf ein Dreijahres-Tief abfällt.

Ausblick auf 2023/24: Verunsicherung um Ukraine - mehr Maisanbau und engere Weizenbilanz

Ein noch sehr früher, vager Ausblick auf die kommende Saison 2023/24 enthält eine leichte Ausdehnung der weltweiten Maisanbaufläche und eine Einschränkung des Gerstenareals. Aufgrund der Unsicherheit über agrarische Aktivitäten in Gebieten, über die die Ukraine die Kontrolle verloren hat, sei die Nennung von Zahlen sehr fiktiv, jedoch mit der vorläufigen Annahme verbunden, dass die bestellte Fläche im Jahresabstand scharf zurückgehe. Der globale Ausblick auf die kommende Weizenernte deutet auf ein schrumpfendes Angebot, wachsenden Verbrauch und enger werdende Endlagerbestände hin. Der Anbau von Sojabohnen könnte ersten Schätzungen zufolge um 2% ausgedehnt werden - dies vor allem bei den führenden Exporteuren Brasilien, USA und Argentinien.

Sojaernten herabgesetzt, aber größer als im Vorjahr - Lager wachsen nur moderat

Für das laufende Wirtschaftsjahr 2022/23 sinkt die Schätzung der Sojabohnenproduktion gegenüber Jänner - ebenfalls wegen der verschlechterten Aussichten für die USA und Argentinien - um 7 Mio. t auf 378 Mio. t. Damit erholt sie sich zum Vorjahr, gestützt auf die große Ernte Brasiliens, immer noch um 22 Mio. t oder 6% auf einen neuen Rekord. Das nun kleinere Angebot mündet in Rücknahmen des Verbrauchs (-2 Mio. t zum Jänner) und der Endlager (-5 Mio. t), wobei beide aber im Jahresabstand anwachsen. Der globale Sojakonsum erreicht ebenfalls einen Rekord. Die Endlager wachsen nun nur mehr moderat an und sind bei den Exporteuren sogar auf historischen Tiefstständen.

Leichter Rückgang der Getreidepreise insgesamt - Weizen von 16-Monate-Tief erholt

Zum Rückgang des gesamten Getreide- und Ölsaatenindex (GOI) um 0,7% gegenüber Jänner merkten die Londoner Experten an, dass die Abnahme der Exportpreise von Sojabohnen (-2,6% zum Vormonat und -4,5% zum Vorjahr), Gerste (-0,6% zum Vormonat und +0,8% zum Vorjahr) und Reis (-0,4% zum Vormonat und +17,9% zum Vorjahr) moderate Befestigungen der Subindices von Weizen (+1,4% zum Vormonat und -3,1% zum Vorjahr) und Mais (+1,4% zum Vormonat und +1,6% zum Vorjahr) mehr als aufgewogen haben.

Der Weizenindex hat sich dabei nach einem 16-Monate-Tief im Jänner als Folge der Sorgen um die Bestandsentwicklung in den USA und neuerlich aufgekommener Zweifel am Fortbestand des Getreide-Deals zu den Schwarzmeer-Exportkorridoren erholt. Die Schwarzmeer-Situation und schwindende Ertragsaussichten für Argentinien haben den Maispreis unterstützt. Dementgegen drückte die große Ernte die Sojapreise in Brasilien. (Schluss) pos

Getreide: Märkte zwischen Dürre in USA und Sorge um Ukraine hin- und hergerissen

Kassamarkt in Österreich ruhig mit kleinen Umsätzen und Suche nach Orientierung

Wien, 17. Februar 2023 (aiz.info). - Stimmung und Kurse an den Terminmärkten für Getreide und Ölsaaten werden hin- und hergerissen von Dürre in den USA und in Argentinien, an- und wieder abschwelliger Sorge um die Mitte März anstehende Verlängerung des Getreide-Deals zu den Schwarzmeer-Exportkorridoren, Preisdruck aus Russland und Wechselkursparitäten, wobei ein US-Dollar auf Sechs-Wochen-Hoch die Wettbewerbsfähigkeit des ohnehin schon seit einiger Zeit nur mau nachgefragten Weizens aus den USA weiter beeinträchtigt. So unterbrachen die Weizenkurse ihre Erholung nach dem Jänner-Tief, setzten sie aber für Mais und Raps fort. Am heimischen Kassamarkt bleibt es bei nur kleinen Abschlüssen ruhig. Man sucht nach Orientierung - sowohl was die neue Ernte als auch Ukraine-Export und die Nachfrage nach Verarbeitungsprodukten bringen werden.

Aus Russland wurden im Laufe der Woche die kritischen Stimmen zu einer Verlängerung des Getreide-Deals für die Schwarzmeer-Exporte leiser (aiz.info berichtete: Wettermärkte beeinflussen Preise für Weizen, Mais und Sojabohnen). Dies beruhigte die Weizenmärkte wieder. Gleichzeitig drückt Russland aber mit großen und immer billiger angebotenen Weizenmengen auf den Weltmarkt. Die russische Agrarberatung Sovecon erhöhte dieser Tage ihre Prognose für die Weizenausfuhr des Landes um 0,1 Mio. t auf 44,2 Mio. t und sprach zuvor davon, man werde im ersten Halbjahr 2023 mit 21,3 Mio. t Weizen fast doppelt so viel exportieren können wie im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Am Donnerstag erst revidierte der Internationale Getreiderat IGC binnen Monatsfrist seine Exportprognose für den russischen Weizen zwar um 1,5 Mio. t aber auf nur 43,6 Mio. t hinauf. Ähnlich konservativ schätzt das US-Landwirtschaftsministerium in seinem Februar-Bericht den russischen Weizenexport mit 43,5 Mio. t. Die scharfe Konkurrenz Russlands ließ die französische Marktordnungsstelle FranceAgriMer die Aussicht auf den Weizenexport der Grande Nation in Drittländer von 10,6 auf 10,45 Mio. t reduzieren.

Diskussion um Verlängerung des Getreide-Deals und Verzögerung von Kontrollen

Offensichtlich will Russland die Zustimmung zur Verlängerung des Getreide-Deals damit junktimieren, vermeintliche indirekte Sanktionen gegen Ausfuhren von Agrargütern und Düngemitteln zu lockern. Die Ukraine wiederum warf unlängst Russland neuerlich vor, die Inspektion von Getreideschiffen bei der Bosphorus-Passage absichtlich zu verzögern. Durchschnittlich würden 2,5 Schiffe pro Tag abgefertigt. Europäische Getreidehandelskreise beanstandeten kürzlich Wartezeiten für Schiffe bei der Kontrolle von rund einem Monat - nämlich bis zu 25 Tage - bei der Einfahrt in das Schwarze Meer durch den Bosphorus und etwa fünf Tage bei der Ausfahrt. Das Landwirtschaftsministerium in Kiew schlug daher vor, größere Schiffe zuzulassen, um beim bestehenden Tempo der Abfertigung die Transportkapazität zu erhöhen.

Poker um Getreide-Deal schlägt auch auf heimischen Sojaschrotmarkt durch

Der Poker rund um die Verlängerung des Getreide-Deals scheint auch auf eine interessante und ungewöhnliche Entwicklung der Preise am österreichischen Markt von Sojaschroten durchzuschlagen. Die Ukraine ist für Mitteleuropa ein wichtiger Lieferant für GVO-freies Soja. An der Wiener Produktenbörse notieren GVO-freie Sojaschrote üblicherweise zwischen 50 und 60 Euro/t

oder sogar noch höher als GVO-haltige. Aktuell ist es aber mit den Aufpreisen GVO-freier Schrote vorbei, deklarationspflichtige Ware ist etwa gleich teuer, wenn nicht sogar teurer. Es heißt dazu als mögliche Ursache, die Ukraine liefere aktuell vor dem Auslaufen des Getreide-Deals so viel GVO-freies Soja wie möglich an italienische Verarbeiter, was die Preise drücke.

Schwacher Export und Gewinnmitnahmen drücken CBoT-Weizen

Während die Dürre in den USA die Bonitierung sowohl der Winterweizenbestände in den südlichen Anbauregionen verschlechtert als auch die bevorstehende Aussaat von Sommerweizen in den nördlichen Plains bedroht, stocken die Ausfuhren. Gute Konjunkturdaten und eine hohe Inflation, die laufend Zinserhöhungen nach sich ziehen, treiben den Wechselkurs des US-Dollars in die Höhe und verringern die Preiswürdigkeit von US-Weizen am Weltmarkt. Dies übt Druck auf die Weizennotierungen an der globalen Leitbörse Chicago Board of Trade (CBoT) aus. Auch kam es nach den jüngsten Kurserholungen zu Gewinnmitnahmen.

Laut US-Agrarressort USDA kamen Exporteure in der Woche bis 9. Februar auf Nettoverkäufe von 209.800 t Weizen. Dies war zwar 60% mehr als in der Woche davor, aber um 32% unter dem Schnitt der vorigen vier Wochen und in der unteren Hälfte der Erwartungen des Marktes. Ähnlich schlägt sich die Dollar-Stärke auf den Maisexport nieder: In der Woche bis 9. Februar kamen die USA auf Nettoverkäufe von 1,0245 Mio. t - 12% weniger als in der Woche zuvor und 15% unter dem Vierwochen-Schnitt. Zulegen konnten dank Nachfrage Chinas die Sojabohnenexporte der USA im Wochenabstand um 37% auf 512.800 t, bleiben aber auch um 35% unter dem Mittel der vier Wochen davor.

Die EU-Kommission konnte wegen technischer Probleme diese Woche keine Exportzahlen veröffentlichen. Doch lief der Weizenexport aus der Union im bisherigen Verlauf des Wirtschaftsjahres 2022/23 besser als im Jahr davor, obwohl die Ernte 2022 kleiner ausgefallen war.

Auch an Euronext ist Erholung der Weizenkurse unterbrochen - Mais und Raps im Plus

Die Erholung der Weizenkurse von ihrem Tief im Jänner an der Euronext in Paris stagnierte diese Woche, nur Mais und Raps konnten sich befestigen. Die Schlusskurse von Weizen zur Lieferung im März entwickelten sich vom Freitag voriger Woche bis Donnerstag dieser Woche von 297,00 Euro/t auf 293,75 Euro/t. Dabei durchstieß der Weizenkurs am Valentinstag kurzfristig wieder die 300 Euro-Schallmauer mit einem Tageshoch bei 301,50 Euro/t. Die Schlusskurse des Mais mit Fälligkeit März befestigten sich vom Ende der Vorwoche bis Donnerstag von 291,75 Euro/t auf 294,00 Euro/t und jene des Mais-Raps von 550,50 Euro/t auf 553,25 Euro/t. Am frühen Freitagmittag stand vor den Kursen aller drei Pariser Agrarderivate neuerlich ein Minus.

Kassamarkt in Österreich ruhig mit kleinen Umsätzen und Suche nach Orientierung

Vom Kassamarkt für Brotgetreide in Österreich hieß es, dass zuletzt laufend, jedoch aber weiterhin nur kleine Mengen für den Anschlussbedarf bis zur Ernte 2023 kontrahiert worden seien. Als die internationalen Weizenkurse zwischenzeitlich gestiegen waren, sei zwar etwas Kaufinteresse erwacht, aber es seien keine zusätzlichen Abschlüsse getätigt worden. Allgemein halte eine Phase der Suche nach Orientierung an, man warte, wie es mit dem Getreide-Deal zum Schwarzmeer-Exportkorridor und mit der neuen Ernte weitergehe. Vor diesem Hintergrund notierte die Wiener Produktenbörse am Mittwoch dieser Woche Premium- und Qualitätsweizen mit 368 bis

380 Euro/t beziehungsweise 325 bis 335 Euro/t eine Spur schwächer und Mahlweizen mit 290 bis 295 Euro/t etwas stärker als zuletzt.

Unverändert notierte inländischer Futtermais mit 265 bis 270 Euro/t, wobei die Suche nach Orientierung insbesondere diesen Markt bremst - neben dem Exportkorridor herrscht hier Unsicherheit über die künftigen Absatzmöglichkeiten. Ob eine Verlängerung des Exportkorridors den Zufluss von Mais aus der Ukraine über den Landweg verstärken würde, bleibt laut Marktteilnehmern dahingestellt. Die Logistik sei jetzt schon angespannt, und östliche EU-Mitglieder stünden massiv auf der Bremse, Ware aus der Ukraine in die Union zu lassen.

Nach Ölsaaten habe von regionalen Ölmühlen kontinuierlich Nachfrage geherrscht, gleichzeitig aber hätten auch diese ihre Verarbeitungskapazitäten zurückgefahren. (Schluss) pos

EU-Schweinemarkt: Anhaltend knappes Angebot treibt Erzeugerpreise in die Höhe

Plus 8 Cent für die Notierung in Österreich

Wien, 17. Februar 2023 (aiz.info). - Das aktuelle Schlachtschweineangebot ist definitiv geringer als die auf Basis von Bestandszählungen prognostizierten Werte. Die Praxis der Schweinehaltung dürfte demnach stärker auf die krisenhaften Rahmenbedingungen der letzten Jahre reagiert haben, als es Prognosemodelle für wahrscheinlich hielten. Höhere Mortalitätsraten bei Zuchtsauen, Ferkeln und Mastschweinen dürften dabei auch eine gewisse Rolle gespielt haben. Speziell aus Spanien häufen sich diesbezügliche Meldungen. Vor diesem Hintergrund ziehen die Notierungen EU-weit abermals an, die meisten Mitgliedstaaten (z.B. Deutschland +8 Cent) melden zwischenzeitlich historische Höchststände.

Auch in Österreich ist die Zahl schlachtreifer Schweine seit Mitte Jänner Woche für Woche rückläufig. 10 bis 15% unter Vorjahreswerten liegend, kämpfen Schlachtbetriebe mit Auslastungsproblemen und suchen händeringend Schweine zur Schlachtung. Andererseits wird beklagt, dass wegen mehrmonatiger Fixpreisverträge mit der Fleischindustrie die Weitergabe der Preiserhöhung in vielen Fällen nicht möglich ist, erläutert **Johann Schlederer**, Geschäftsführer der Österreichischen Schweinebörse. Das knappe Angebot ist auch keiner spekulativen Zurückhaltung mancher Mäster geschuldet, was am rückläufigen Schlachtgewicht von derzeit durchschnittlich 98 kg sichtbar wird. Ein schnell vergriffenes Angebot an der Österreichischen Schweinebörse war Basis für ein Plus von 8 Cent. Die Mastschweine-Notierung liegt damit bei 2,34 Euro/kg Schlachtgewicht (Berechnungsbasis: 2,24 Euro). Der Ferkelpreis in Österreich hat sich auf 3,70 Euro/kg Schlachtgewicht erhöht. (Schluss)

Parlamentarische Anfrage zur Wolfsproblematik an Ministerin Gewessler eingebracht

Hechenberger: Wolf darf nicht allen anderen Tierarten übergeordnet werden

Wien, 17. Februar 2023 (aiz.info). - Erst in der Nacht auf Donnerstag hat in Niederösterreich in Langschlag (Bezirk Zwettl) vermutlich ein Wolf sieben Schafe gerissen und neun verletzt. Ein weiterer Vorfall, der die Kritik von heimischen Agrarvertretern an Umweltministerin Leonore Gewessler lauter werden lässt. Die Ministerin hält gemeinsam mit elf EU-Amtskolleginnen und -kollegen am strengen Schutzstatus des Großraubtieres Wolf fest. In einem Brief an die EU-Kommission sprechen sich die Ressortchefs gegen eine Resolution des EU-Parlaments aus, in der eine Überprüfung des Wolf-Schutzstatutes vorgeschlagen wird.

In einer parlamentarischen Anfrage von den Tiroler Abgeordneten **Josef Hechenberger Hermann Gahr** und **Franz Hörl** an Gewessler wird der Argumentation in dem Brief auf den Grund gegangen. In dem Brief stehe etwa, dass in Zeiten einer Biodiversitätskrise "die Tendenz der Entschließung, den rechtlichen Schutz des Wolfes zu schwächen, eindeutig abzulehnen" sei. "Hier würden wir gerne erfahren, auf welchen Studien, Forschungen oder Unterlagen die Einschätzung beruht, dass der Wolf Teil dieser Biodiversitätskrise ist. Da doch laut Weltnaturschutzunion (IUCN) der Wolf nicht mehr auf der roten Liste der bedrohten Tierarten zu finden ist", so die Tiroler Abgeordneten unisono.

Brief ist Schlag ins Gesicht

"Der Brief der Umweltministerin ist ein Schlag ins Gesicht für die heimische Alm- und Weidewirtschaft. Der Wolf zählt nicht mehr zu den bedrohten Tierarten, derzeit leben schätzungsweise rund 30.000 Exemplare in Europa. Doch wenn die Ausbreitung der Wölfe so weitergeht, ist die heimische Almwirtschaft vom Aussterben bedroht und damit die Lebensgrundlage tausender Almbäuerinnen und -bauern", betont ÖVP-Tierschutzsprecher und Landwirtschaftskammer Tirol-Präsident Hechenberger.

Zudem wollen die Abgeordneten von Gewessler wissen, warum sie sich für den Schutz des Wolfes, jedoch nicht für den Schutz seltener Nutztierassen wie etwa das Alpine Steinschaf, das Kärntner Brillenschaf oder das Tiroler Steinschaf einsetzt. "Wieso wird der Wolf als nicht bedrohte Tierart den bedrohten Nutztierassen übergeordnet?", drücken die Politiker ihr Unverständnis aus.

"Mir ist es völlig schleierhaft, wie man eine einzige Tierart allen anderen überordnen kann. Für Ministerin Gewessler steht der absolute Schutz des Wolfes über allen anderen. Anscheinend auch der Biodiversität auf unseren Almen", moniert Hechenberger. Wenn der Wolf sich weiter ausbreite, würden immer weniger Landwirte ihre Weidetiere auf die Almen auftreiben. Das hätte dann ebenso gravierende Auswirkungen auf die Biodiversität in den betroffenen Gebieten. "Unsere gepflegte Kulturlandschaft ist nicht nur der ideale Ort für Freizeitaktivitäten, sondern schützt die Bevölkerung auch vor Naturgefahren, sorgt für gute Luft, ist ein zentraler CO₂-Speicher und ein wichtiger Lieferant von Grünfutter. Das alles sollen wir wegen einer einzigen Tierart riskieren. Für mich ist das nicht verhältnismäßig", so Hechenberger.

Nicht verhältnismäßig findet ÖVP-Tourismussprecher Hörl auch die immer wieder geforderten Herdenschutzmaßnahmen. "Ein solcher ist im alpinen Gelände nicht umsetzbar. Das haben zahlreiche Studien und Gutachten bereits bewiesen", fragt Hörl Gewessler nach Beispielen für gute Konzepte. "In der Praxis ist bis jetzt jedes Konzept gescheitert", so Hörl.

Auch Gahr ist erzürnt über den "ideologisch" geprägten Brief: "Leider verschließt Ministerin Gewessler die Augen vor der Realität. Die Einstufung der einzelnen Arten in der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie erfolgte vor 30 Jahren, seitdem hat sich der Bestand der Wölfe in Europa mehr als erholt. Wir müssen den Schutzstatus senken und ihn auf die heutige Wirklichkeit anpassen", verweist Gahr darüber hinaus auf das "enorme" Tierleid, das von Wölfen verursacht wird. (Schluss)